

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Landesaufnahmeprogramme streichen! – Asylunterkünfte sind zu nahezu 100 Prozent ausgelastet

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, keine weiteren Flüchtlinge im Rahmen von Aktionen des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ oder über Landesaufnahmeprogramme aufzunehmen.

Begründung

Nach Angaben der Integrationssenatsverwaltung sind in Berliner Unterkünften des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) nur noch 200 Plätze frei. Eine exponentielle Entwicklung der Asylzahlen könne nicht ausgeschlossen werden.¹ Die Zahl der Asylbewerber in Berlin ist jetzt schon höher als im ganzen Jahr 2021. In Berlin meldeten sich im September 1.838 Asylbewerber, fast 600 mehr als im September 2021. Obwohl viele Menschen nach dem bundesweiten Verteilsystem auch in andere Bundesländer gebracht werden, „stieg die Zahl der in der Hauptstadt verbleibenden Antragsteller von 7.000 im gesamten Jahr 2021 auf 10.000 in den ersten neun Monaten 2022.“² Zudem ist weiterhin mit steigenden Ankunftszahlen ukrainischer Kriegsflüchtlinge zu rechnen, während sich die Unterbringungssituation weiterhin verschärft. Der *Berliner Morgenpost* sagte die Berliner Sozialsenatorin Kipping: „Die Situation ist wirk-

¹ „Exponentieller Anstieg möglich: So viele Asylbewerber wie zuletzt Anfang 2016 in Berlin aufgenommen“. Tagesspiegel, 10.10.2022.

² „Berlin braucht Flughafengebäude in Tegel für Flüchtlinge“. Berliner Morgenpost, 10.10.2022.

lich enorm schwierig. Es ist absehbar, dass wir die Qualitätsanforderungen für die Unterbringung senken müssen.“³ Eine Unterbringung von Menschen in Notunterkünften wie Turnhallen oder ähnlichem ist weder der Berliner Bevölkerung noch den Migranten zuzumuten. Ebenso ist der Berliner Wohnungsmarkt überstrapaziert; es gibt bereits jetzt schon kaum bezahlbaren Wohnraum für die Menschen in Berlin. Daher ist die Aufnahme von weiteren Migranten, zusätzlich zu denjenigen, die ohnehin in Deutschland ankommen, in Berlin nicht zu leisten. Dieses Vorgehen, an der Verteilung der Flüchtlinge nach einer festgelegten Aufnahmequote auf die Bundesländer über den sogenannten *Königsteiner Schlüssel* vorbei, ist nicht nur realitätsfern. Es stellt auch eine bewusste Entscheidung dar, Kosten in Millionenhöhe zu Lasten der Berliner Steuerzahler zu beschließen und ein Überstrapazieren der ohnehin schon überforderten Infrastruktur in dieser Stadt in Kauf zu nehmen.

Darüber hinaus liegen Einwanderungsangelegenheiten im Kompetenzbereich des Bundes. Derartige Bekenntnisse aus Berlin sind lediglich Symbolpolitik für das eigene Klientel, die sich Berlin unter anderem Dank des Länderfinanzausgleichs leisten kann. Aufnahmeprogramme im Rahmen von Initiativen wie „Städte sicherer Häfen“⁴ sowie weitere Landes-Aufnahmeprogramme sind vom Senat einzustellen. Der Senat soll vielmehr auf andere, nachhaltigere Lösungen setzen, um Menschen beim Aufbau einer neuen Existenzgrundlage in ihren Heimatländern zu unterstützen.

Berlin, den 11. Oktober 2022

Dr. Brinker Gläser Lindemann
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion

³ „Berlin braucht Flughafengebäude in Tegel für Flüchtlinge“. Berliner Morgenpost, 10.10.2022.

⁴ Das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ wurde am 14. Juni 2019 im Rahmen des von der Initiative Seebrücke veranstalteten Kongresses „Sichere Häfen. Leinen los für kommunale Aufnahme“ offiziell gegründet. Der im Roten Rathaus abgehaltene Kongress fand unter der Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Michael Müller, und in Kooperation mit der Landeshauptstadt Potsdam statt (<https://staedte-sicherer-haefen.de/>).